Vorabend-Blatt
Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 323 Donnerstag, 13. Juli 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich M. 38,—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 35,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 9,—, außerhalb Sachsens M. 11,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25% Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

August Förster Flügel, Pianos
Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Keine deutschen Barzahlungen für 2—3 Jahre?

Neue Isolierung Frankreichs. — Die Reparationskommission für das Moratorium.

Herabsetzung der Sachleistungen?

Paris, 12. Juli. „Petit Journal" gibt von der gestrigen Beratung der Delegierten der Reparationskommission über die deutsche Finanzlage folgende Darstellung: Sir John Bradbury schlug die Annahme eines neuen Moratoriums vor, das nicht nur die vollkommene Aufhebung aller Geldzahlungen für zwei oder gar drei Jahre vorsieht, sondern für den gleichen Zeitraum eine wesentliche Herabsetzung der Sachlieferungen enthalten soll. „Petit Journal" sagt, dieser Vorschlag versuche, die Ausführung des Wiesbadener Abkommens gerade in dem Augenblick aufzuheben, in dem das Abkommen endlich verwirklicht werden solle, und Frankreich jeder Art von Reparationszahlungen bis zum Jahre 1925 zu berauben. Die Delegierten von Belgien und Italien haben sich, wie das Blatt zu wissen glaubt, mit mehr oder weniger wichtigen Vorbehalten dem englischen Vorschlage angeschlossen. Dubois konnte nur erzielen, daß keine Entscheidung getroffen wird, bevor der Garantieausschuß nach Paris zurückgekehrt. Poincaré hat die Absicht, sich einer Konferenz des Obersten Rates zu entziehen, und erwartet die Entscheidung der Reparationskommission.

Wie „Echo de Paris" mitteilt, sei es wahrscheinlich, daß vielleicht schon heute ein offizielles Ersuchen um ein Moratorium von den deutschen Delegierten formuliert werde. Die Reparationskommission werde aber erst darüber Beschluß fassen, nachdem sie den Bericht des Kontrollausschusses erhalten habe. „Petit Parisien" meint, man scheine englischerseits vorgeschlagen zu haben, die 32 Millionen Goldmark betragende Summe, die am 15. d. M. fällig sei, um einige Tage hinauszuschieben. Durch diese provisorische Maßnahme solle der Panik des Marksturzes vorgebeugt werden. Nach dem gleichen Blatte sei man gestern wieder auf den Plan einer internationalen Anleihe zurückgekommen, sobald die Mark sich etwas gebessert habe. (W. T. B.)

Paris, 12. Juli. Wie weiter gemeldet wird, soll Bradbury seinen Moratoriumsantrag in sehr energischer Form vertreten haben, da Deutschland ein mehrjähriges Moratorium der Barzahlungen bewilligt werden müsse. Nach seinem Antrag soll auch die am 15. Juli fällige Rate zunächst nicht in Anspruch genommen werden, sondern hinterlegt bleiben. Sämtliche Delegierte stimmten dem englischen Antrag zu, nur der Franzose Dubois bekämpfte ihn hartnäckig, aber vergebens. Er hatte deshalb nach der Sitzung sogleich eine Konferenz mit Poincaré und Finanzminister Lasteyrie. Poincaré soll, um Frankreich nicht wieder isolieren zu lassen, Dubois bereits ermächtigt haben, dem Moratorium gemäß dem englischen Antrag zuzustimmen. Die Morgenblätter fordern demgegenüber eine energischere Wahrung der französischen Interessen.

Verminderung der Juli-Rate.

Eine Entschließung der Reparationskommission.

Paris, 12. Juli. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Entsprechend der Entschließung vom 21. März 1922, durch die Deutschlands Zahlungen im Jahre 1922 festgelegt wurden, hat die Reparationskommission in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, auf die Frankreich von Deutschland zu leistenden Zahlungen einen Betrag von 17 892 602 Goldmark anzurechnen, die sich ergeben aus den Zinsen und dem Reservefonds der Kommission, sowie aus den Zahlungen, die von der luxemburgischen Regierung für Kohlen und dem Textilverbande für die in der Zeit vom 1. November 1921 bis 30. Juni 1922 gelieferten Farbstoffe geleistet wurden. Die Beträge, die Deutschland vom 15. d. M. ab noch zu zahlen hat, vermindern sich von 50 Millionen auf 32 107 398 Goldmark.

Beratungen der englischen Regierung.

London, 12. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meldet: Gestern wurden in ministeriellen Kreisen Beratungen bezüglich der Fundierung der englischen Schuld an Amerika abgehalten. Vor der gestrigen Kabinettssitzung hatten Balfour, Horne, Blankett und der britische Botschafter in Washington, Geddes, eine lange Unterredung, bei der auch die Frage der Schulden an Amerika zur Sprache kam. Man erwartet, daß binnen kurzem eine Beratung zwischen englischen und amerikanischen Sachverständigen beginnen werde. Inzwischen werden Vorbereitungen getroffen, um die im Herbst fälligen Zinsen an Amerika zu zahlen. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt, die allgemeine Ansicht sei dahin gegangen, daß ein Moratorium für Deutschland unvermeidlich sei, aber allein nicht ausreiche. Man erachte vielfach eine internationale Anleihe für ebenso notwendig.

Nach einer Meldung des politischen Korrespondenten des „Daily Chronicle" hatten Lloyd George und mehrere seiner Ministerkollegen nach der gestrigen Kabinettssitzung eine Besprechung über die durch die Entwertung der deutschen Mark geschaffene Lage. Der Korrespondent führt weiter aus: Der Zusammenbruch der deutschen Mark sei nicht auf ein deutsches Manöver, sondern in der Hauptsache auf den Verlust des Vertrauens zur deutschen Finanzlage zurückzuführen. Es sei nicht ganz unwahrscheinlich, daß die Einberufung der alliierten und assoziierten Mächte erfolgen werde. Selbstverständlich würde in diesem Falle auch eine Einladung an die Vereinigten Staaten ergehen.

Die „Times" veröffentlicht einen Aufsatz: „Der Weg zur Gesundung", in dem vorgeschlagen wird, England solle zunächst seinen Kredit bei den Vereinigten Staaten auf eine feste Grundlage stellen, indem es Maßnahmen zur Zahlung seiner Schulden an Amerika durch die Ausgabe von Bonds treffe. Hierauf solle es Frankreich und Italien vorschlagen, ihre Schulden an England durch Bonds der Serie C der deutschen Reparationen zu bezahlen. Dann könnten die Schulden der Alliierten an England sofort gestrichen und die Gesamtverpflichtungen Deutschlands durch Annullierung der erwähnten Bonds herabgesetzt werden. Ebenso könnte Großbritannien die deutschen Verbindlichkeiten herabsetzen, indem es auf einen entsprechenden Anteil der ihm von Deutschland geschuldeten Bonds der Serie C verzichtet.

Pessimistischer Bericht des Garantiekomitees.

Berlin, 12. Juli. Das Garantiekomitee hat der „Neuen Berl." zufolge seinen Bericht nahezu vollendet. Seine Auffassung der Lage ist sehr pessimistisch, da alle neuen Steuervorschläge durch den Marksturz illusorisch gemacht seien.

Konstantinopeler Ramadan.

(Von unserem Konstantinopeler Berichterstatter.)

Konstantinopel, im Juli 1922.

Auf dem Balkon des Minarets der Suleiman-Moschee hoch oben in Stambul steht wie gewöhnlich die weiße Gestalt des „Muezzin". Unzählige Augen sind von unten auf ihn gerichtet, wo vor den Garküchen, den Fleischerbuden und Kaffeehäusern auf kleinen Schemeln die strenggläubigen Jünger des Propheten geduldig vor den niedrigen Tischen sitzen, auf denen die Speisen bereits alle bereitstehen. Verführerisch dringt ihnen der Duft in die Nase. Sie möchten so gerne, doch das heilige Gesetz, der Koran, verbietet es. Es ist Ramadan, der Fastenmonat, der für die Anhänger Mohammeds die Nacht zum Tage und den Tag zur Nacht macht, während dessen sie tagsüber weder essen noch trinken noch rauchen dürfen. — Endlich hat die Sonne mit ihnen Erbarmen — einer feurigen Kugel gleich verschwindet sie hinter den Bergen Thraziens, um hinter diesen von den Wogen des Marmara-Meeres verschlungen zu werden. — Ein Zeichen des „Muezzin" — und aus dem Hof des nahen „Seraskierat", des alten Kriegsministeriums, dringt dumpf ein Kanonenschuß in die anbrechende Dämmerung hinein. Er hebt das Gebot des Fastens bis Sonnenaufgang auf. Mit lauter singender Stimme ruft der Muezzin zum Gebet, ihm antwortet von unten ein vielstimmiges „Allah akbar!" — Gott ist groß! — und dann stürzt man sich mit wahrem Heißhunger auf die Speisen, deren immer neue aufgetragen werden. —

Der vierte Ramadan nach dem großen Kriege — man hatte gehofft, daß es ein Ramadan des Friedens sein würde, aber diese Hoffnung hat betrogen. Wieder mußte Salaheddin anstatt unter dem „Padischahim tschok jascha!" seiner „Asiers" durch das schweigende Spalier von Ententetruppen am 15. Ramadan nach dem alten Serail zum Mantel des Propheten ziehen — und dann die Nachrichten, die aus Frankreich kamen, daß Poincaré grundsätzlich bereit sein soll, in eine Revision des Abkommens von Angora gegen englische Kompensationen am Rhein zu willigen. Mit Sorgen sah man in den Kreisen der türkischen Regierung bereits das sich anbahnende bessere Verhältnis zwischen den beiden noch ebenso verfeindeten alliierten Oberkommissaren, dem französischen General Pellé und dem englischen General Harrington, sah man die lange Unterredung, die General Pellé nach dem großen Gebet des Sultans im Serail mit jenem und dem Großwesir Ferid Pascha hatte und noch sorgenvoller wurde man im Hinblick auf den daran sich anschließenden Ministerrat auf der Hohen Pforte, zu dem auch offiziell der hiesige Vertreter Mustafa Kemal Pascha mit hinzugezogen wurde. General Pellé hat dem Sultan im Namen der französischen Regierung mitgeteilt, daß Frankreich seine Lebensinteressen am Rhein nicht weiter seinen Sympathien und Interessen in der Türkei zuliebe opfern könne und daher, dem englischen Druck am Rhein nachgebend, bereit sei, in einen Gesamtschritt der Ententemächte bei den türkischen Regierungen in Konstantinopel und Angora einzuwilligen, der Mustafa Kemal Pascha zur sofortigen Annahme der interalliierten Friedensvorschläge auffordern und ihm gegenüber keinen Zweifel darüber lassen würde, daß weiterer Widerstand seinerseits statt einer Milderung eine Verschärfung des Vertrages von Sèvres, ja die völlige Vertreibung der Türken von der europäischen Seite des Bosporus zur Folge haben könnte. Und nicht lange nach dieser Erklärung des Generals Pellé landeten gleichsam zu ihrer Bekräftigung englisch-französische Verstärkungen am Kai von Galata.

Wir stehen also allem Anschein nach vor einem völligen Umschwung der französischen Orientpolitik, einer Rückkehr derselben zu den Ansichten Clémenceaus — und dies, nachdem es eben noch Frankreich war, das die beiden türkischen Regierungen in ihrem Widerstande gegen die Entscheidung der Pariser Orientkonferenz bestärkte. Wenn man sich hier türkischerseits vorher noch nicht ganz im Klaren über die Ziele der französischen Türkenpolitik war, jetzt ist man es, klar aber auch darüber, daß an ein Ende des Krieges in Kleinasien vorerst nicht zu denken ist, daß man weiter kämpfen muß, daß es aber schwer sein wird ohne die moralische und materielle Unterstützung Frankreichs. Der Vertreter Mustafa Kemal Paschas bei der Hohen Pforte hat dem Großwesir offen erklärt, daß Mustafa Kemal Pascha einen Umschwung in der französischen Orientpolitik ihm gegenüber sofort mit einem Angriff auf die französische Zone in Syrien beantworten würde, da für ihn der Vertrag von Angora nur als Ganzes bestehe, jeder Gedanke an eine Revision desselben nach französischem Belieben für ihn unannehmbar sei. Gleichzeitig protestierte er im Namen von Angora bei den alliierten Oberkommissaren und den Vertretern der neutralen Staaten dagegen, daß sich Griechenland ungeachtet der Neutralitätserklärung Konstantinopels durch die alliierten Großmächte unter deren Augen ruhig Konstantinopels als Operationsbasis gegen Mustafa Kemal Pascha bedienen dürfte.

Man kann es also verstehen, wenn man hier sorgenvoll in die nächste Zukunft schaut, die sonst so lustige Stimmung der Ramadannächte nicht aufkommen will — und während man sich sonst in diesen einer ungezwungenen Fröhlichkeit hingab, keine Sorgen und keine Traurigkeit kannte, sieht man heute, kaum daß auf dem mit Lämpchen verzierten Minaret der Gebetsrufer erscheint, die Leute nach den an der Moschee befindlichen Brunnen eilen, um sich zu waschen für das Gebet, denn heute ist die Nacht des 27. Tages im Ramadan, die Nacht der Allmacht. Es ist die Nacht, in der dem Propheten der Koran vom Himmel gesandt wurde, die Nacht, in der nach dem Glauben der Moslims tausend unsichtbare Wunder geschehen, die in ihr verrichteten [illegible]

Englische Warnung vor weiterer Linksorientierung.

Berlin, 12. Juli. Ueber die innere Krise berichtet die „Deutsche Ztg.", daß Stresemann von den englischen Mitgliedern der Rheinlandkommission einen Brief erhalten hatte, in dem vor einer weiteren Linksorientierung des Kabinetts dringend gewarnt wurde. Da die Sozialdemokraten die Koalition mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt haben, sei die Lage jetzt: Die Koalitionserweiterung mit den Unabhängigen — die Deutsche Volkspartei in der Opposition. Mit anderen Worten: Keine Zweidrittelmehrheit für das Schutzgesetz, also Auflösung des Reichstags. Der Reichspräsident selbst soll seine Genossen vor dem äußersten gewarnt haben. Die schon vorhandene Abneigung gegenüber Neuwahlen sei ihm zu Hilfe gekommen, und so sei der sozialdemokratische Fraktionsbeschluß entstanden: Die Deutsche Volkspartei wäre fernerhin abzulehnen, doch zugleich sei auch auf die Unabhängigen vorläufig zu verzichten. Es sollte demnach beim alten bleiben. Erst Bayerns Anträge zum Schutzgesetz hätten eine neue Lage geschaffen, und wenn es wahr sei, daß die Volkspartei, die sich jetzt frei von aller Bindung fühle, auf diesen Anträgen mitbestehe, sei aller Opfermut der Mehrheitssozialisten umsonst gewesen: Die Zweidrittelmehrheit für das Gesetz sei nicht beisammen, sie müsse das Werk eines Kompromisses werden, wie der Reichskanzler gestern schon andeutete, oder komme überhaupt nicht zustande.

Der demokratische Parteivorstand zur Lage.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Juli. Der Vorstand der Deutschdemokratischen Partei besprach gestern die politische Lage. Nach einer parteioffiziellen Mitteilung billigt er, was die demokratische Reichstagsfraktion im Zusammenwirken mit den anderen Koalitionsparteien bisher zum Schutze der Republik unternommen hat, und gab der Erwartung Ausdruck, daß die nötigen Maßnahmen mit Entschlossenheit bis zum Ende durchgeführt werden. Er war in Bestätigung seines Beschlusses vom 26. Juni damit einverstanden, daß hierbei mit jeder Partei zusammengearbeitet werde, deren Zuverlässigkeit gegenüber der demokratischen Republik feststehe. Es scheint, daß die Verhandlungen nicht glatt verlaufen sind, da die Sitzung von nachmittag 4 Uhr bis nahezu 10 Uhr abends andauerte.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat, wie verlautet, gestern noch beschlossen, gegen jede einseitige Verbreiterung der Regierungsbasis zu stimmen. Dieser Standpunkt wurde auch von einem großen Teile des Zentrums eingenommen.

Protest der süddeutschen Beamten.

München, 12. Juli. Die Vertreter der im Deutschen Beamtenbunde organisierten süddeutschen Beamten haben auf ihrer Würzburger Tagung eingehend Stellung zum Gesetzentwurfe zum Schutze der Republik und über die Pflichten der Beamtenschaft Stellung genommen. Sie legten aufs schärfste Verwahrung dagegen ein, daß man unter Ausschaltung des Beamtentums so einschneidende Gesetze zu verabschieden trachte. Die der Republik treu dienende süddeutsche Beamtenschaft sei fest entschlossen, von niemandem an den Rechten des Berufsbeamtentums rütteln zu lassen. (W. T. B.)

Die Kieler Waffenfunde.

Kiel, 12. Juli. Zum Waffenfunde im hiesigen Marine-Arsenal schreibt die „Kieler Ztg.": Der Ententekommission sei am Donnerstag verraten worden, daß im Kieler Marine-Arsenal große Mengen Maschinengewehre versteckt gehalten würden. Ententeoffiziere erschienen am Freitag morgen im Arsenal und bezeichneten die Stellen, die sie zu sehen wünschten. Es wurde ihnen gemeldet, daß zahlreiche Maschinengewehre gefunden wurden, die die Zahl der genehmigten Bewaffnung überschritten. Ob die Maschinengewehre mit oder ohne Wissen der Leitung des Werkes in ihr Versteck gelangt sind, wird die Untersuchung der Ententekommission ergeben. (W. T. B.)